

Uebergangswirtschaft.

Vortrag von Georg Bernhard.

In einem geschlossenen Kreise, dem Männer der Wissenschaft und der verschiedensten praktischen Berufe angehören, sprach Georg Bernhard am Sonnabend über einen Teil der Probleme der Uebergangswirtschaft. Er ging davon aus, daß alle Prophezeiungen über Kriegswirtschaft sich als trügerisch erwiesen hätten, daß insbesondere die Behauptung, kein Staat würde über sechs Monate — schon aus finanziellen Gründen — Krieg führen können, durch die Tatsachen widerlegt worden sei. Gerade durch die lange Dauer des modernen Krieges ist erst der Gedanke an die Notwendigkeit einer Uebergangswirtschaft gefaßt worden. Es scheint aber nun, als ob die Fehler, die in der Kriegswirtschaft gemacht worden sind, in der Uebergangswirtschaft wiederholt werden sollen. Die Kriegswirtschaft mußte notgedrungen improvisiert werden; die Uebergangswirtschaft aber hätte schon lange in Ruhe organisiert werden können. Aber nach welchen Grundfäden? Das Wort Helfferichs, derjenige Reichskommissar für Uebergangswirtschaft werde der Beste sein, der sich so schnell wie möglich wieder überflüssig mache, zeugt von einer vollkommenen Verkennung der Verhältnisse: Die Uebergangswirtschaft dient nicht der Rückkehr zur alten Friedenswirtschaft vor dem Kriege; der Krieg hat vielmehr in kaum drei Jahren uns eine Entwicklung durchlaufen lassen, zu der wir sonst 5—7 Jahrzehnte gebraucht hätten. Der Uebergangskommissar hat daher die Aufgabe, uns den Weg aus der organisierten Unordnung der Kriegswirtschaft zu jener gebundenen Wirtschaftsordnung zu erleichtern, die nachher da sein wird.

Bei der Besprechung der Einzelprobleme der Uebergangswirtschaft befaßte sich der Vortragende zunächst mit dem der Rohstoffeinsuhr als dem wichtigsten nach dem Kriege. Schon hier zeigt sich, daß der Einzelne nicht nach Gutdünken und im freien Handel draußen kaufen kann, allein deshalb nicht, weil die ungeheuren Mengen, die wir brauchen, infolge des fehlenden Schiffsraums nicht ins Land geschafft werden können, weiter deshalb nicht, weil die Luxusbedürfnisse hinter den Notwendigkeiten des Lebens zurückstehen müssen. Wenn ferner auch der wirtschaftliche Zusammenschluß unserer Feinde nach dem Kriege ihrer eigenen widerstreitenden Interessen wegen nur eine Riesillusion ist, so wird doch zweifellos England zum Schutzzoll übergehen müssen, und das bedeutet den britisch-deutschen Handelskrieg. Dabei brauchen wir uns einem übertriebenen Pessimismus nicht hinzugeben. Die Verbreiterung der Basis des englischen Imperiums, die nach dem Kriege eintreten wird, bedeutet auch eine Lockerung seines Zusammenhangs. Bei dem Zwang zum Import von Rohstoffen wird unser Export auf längere Zeit hinaus leiden: nicht unsere Fabrikate werden wir ausführen können, sondern Kohlen, Farbstoffe, Chemikalien u. a.; zur Herstellung unserer hochwertigen Maschinen usw. aber wird uns der notwendige Ueberschuß an Rohstoffen für die erste Zeit nach dem Kriege fehlen, ganz abgesehen davon, daß unsere ganze Produktion augenblicklich auf die Herstellung von Kriegsmaterial eingestellt ist und nicht so schnell umgelegt werden kann. Zu dieser Umstellung bedarf das Inland noch auf lange Zeit hinaus des gesamten Produktivvermögens an Maschinen, Apparaten und Erzeugnissen für sich selbst.

Der naturnotwendige wirtschaftliche Gegensatz gegen England muß uns nach Osten weisen: unsere zukünftigen Märkte sind Rußland, China, Japan. Deshalb ist auch bei Friedensschluß die Orientierung nach Osten für uns notwendig.

Unsere Valuta steht an den wenigen Plätzen, an denen heute überhaupt noch deutsche Wechsel notiert werden, natürlich ungünstig. Das darf uns aber zu irgend welchem Pessimismus für die Zukunft keinen Anlaß geben. Die breiten Straßen nach London, Paris und Petersburg, auf denen vor dem Kriege der bei weitem größte Teil unseres Devisenhandels sich entwickelte, sind uns verschlossen. Nur die engen Kanäle über die wenigen noch neutralen Staaten stehen uns offen; sie sind also überlastet. Da ist es ganz natürlich, daß unsere Valuta gesunken ist, denn wir müssen ja immerfort Forderungen auf diese wenigen Staaten erheben und treiben damit selber den Kurs der fremden Währungen, die vor dem Kriege kaum eine Rolle im internationalen Geldgeschäft spielten, in die Höhe. Verwunderlich ist unter diesen Umständen nur, daß unsere Valuta nicht noch viel mehr gesunken ist.

Vor allem aber wissen wir gar nicht, wie der Wert unserer Valuta augenblicklich wirklich zu bewerten ist. Sehen wir einmal ganz von den spekulativen Machenschaften unserer Feinde ab, die ein dringendes Interesse daran haben, unsere Geldnot recht stark erscheinen zu lassen! Erst wenn sich die Grenzen öffnen, wenn England seine Schulden zahlen muß, wenn unsere Forderungen an das Ausland wieder aufleben, wenn uns die Geldmärkte der ganzen Welt zur Messung unserer Valuta wieder zur Verfügung stehen, erst dann wird es sich zeigen, was deutsche Wechsel gelten und welchen Wert man dem früher so stolzen Pfund Sterling beimessen wird.

Hauptsächlich wird hierbei auch die Frage der Kriegsentfädigung mitsprechen. Bernhard legte bei der Erörterung dieses Themas ausführlich dar, wie er sich die Zahlung einer Kriegsentfädigung und namentlich ihre Verquickung mit der Sanierung der russischen Staatsfinanzen und dem Abschluß überseeischer Rohstofflieferungsverträge vorstellt.

Die für die Uebergangszeit immer mehr notwendige Verbindung aller handelspolitischer Maßnahmen mit der allgemeinen Staatspolitik bedingt die Schaffung neuer Organisationen für den Handel. Sie müssen in der Hand des Staates bleiben. Aber nicht der Staat soll handeln, sondern die Kaufleute. Es kann sich nicht um eine Ausschaltung des Handels drehen; vielmehr ist seine Umschaltung erforderlich: der Kaufmann wird sich fürderhin nur als Agent des Staates betätigen, mindestens aber wird er verpflichtet sein, seine Einkaufs- und Verkaufskunst jederzeit auf Erfordern in den Dienst des Staates zu stellen, wobei sein Verdienst mit seiner Tüchtigkeit wachsen soll — denn tüchtige Kaufleute können nun einmal nicht durch die ein für alle Mal gleichbleibenden Beamtengehälter gewonnen werden.

Wir werden so für die Uebergangszeit Rohstoffmonopole schaffen müssen. Sie werden dem Staat Nutzen abwerfen, und in der Besteuerung pflegt der Staat beharrlich zu sein und keine Steuerquellen je wieder aus der Hand zu lassen. So müssen wir uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Monopolwirtschaft dauernd bleiben wird.

Für diese Monopole müssen neue Formen gesucht werden, Formen einer Zwangsgemeinwirtschaft mit privatwirtschaftlichen Methoden. Wir müssen in irgendeiner Form die Initiative des Unternehmers durch einen — allerdings regulierten — Unternehmergeinn aufrechterhalten. Diese Formen

muß der Reichskommissar für Uebergangswirtschaft schaffen helfen, unterstützt von all denen, die schon jetzt erkennen, wohin die kommende Neuorientierung unseres Wirtschaftslebens gehen muß. Wer heut den Handelskretzen und der Industrie einredet, daß alles beim Alten bleibt, macht sich an der Enttäuschung, die später kommen muß, mitschuldig. Es bleibt nicht beim Alten; es kommt sicher Neues. Und anstatt schmolzend beiseite zu stehen, sollen Handel und Industrie daran mitwirken, auch für sich selbst, den Neubau der deutschen Wirtschaftspolitik so einzurichten, daß ihnen für Leben, Betätigung und Freiheit Licht und Luft genug bleibt. Hl.